

Anträge und Resolutionen.

## **Griffige Quotenregelung verlangt**

An der Konferenz wurden - teilweise nach intensiven Debatten - mehrere Anträge und Resolutionen genehmigt.

So verlangen die VPOD-Frauen, dass für den Verbandstag 1995 eine umfassende Bilanz über die „prioritären Forderungen zur Chancengleichheit“ gemacht wird. Eine Analyse der Hindernisse soll aufzeigen, warum diese zentrale Forderung in den Sektionen nur schlecht umgesetzt wurde.

Mit einer Enthaltung genehmigten die Delegierten auch einen Antrag, der eine griffige Quotenregelung in Geschäftsleitung, Vorstand und bei den Sektionen - unter Berücksichtigung der jeweiligen speziellen Umstände - fordert. Seit 1988 sind die Frauen mindestens gemäss ihrem Mitgliederanteil in den Gremien vertreten. Neu soll die Quote so definiert werden, dass höchstens noch 60 Prozent dem gleichen Geschlecht angehören dürfen. Wie der geschäftsleitende Sekretär Walter Renschler in seinem Begrüssungsreferat ausführte, dürfte diese Forderung mit der stetigen Zunahme der weiblichen Mitglieder bald eine männerfreundliche Regelung werden. Ein weiterer Antrag verlangte, dass der VPOD einen speziellen Fonds für aktive Mitglieder mit Elternpflichten einrichtet. Wer einen Babysitter bezahlen muss, um an einer Sitzung des Verbandes teilnehmen zu können, würde einen Beitrag aus diesem Solidaritätsfonds erhalten.

### **Grossdemo geplant**

Die Debatte über zwei Demonstrationen nahm viel Zeit in Anspruch. Einerseits protestierten die Delegierten vehement gegen den Entscheid des SGB. Dieser hat die Koordination und Unterstützung einer nationalen Kundgebung gegen die Heraufsetzung des AHV-Alters der Frauen auf 64 Jahre abgelehnt. Die Begründungen des SGB (andere Gewerkschafts-Demonstrationen, Zweifel an der Mobilisierungsfähigkeit) seien fadenscheinig. Die VPOD-Frauen verlangen deshalb vom SGB, dass er auf seinen Entscheid zurückkommt. Zudem wird sich die VPOD-Frauenkommission beim SGB dafür einsetzen, dass noch vor der Behandlung des Gleichstellungsgesetzes im Ständerat eine nationale Grossdemonstration stattfindet.

Weiter verabschiedeten die VPO D- Frauen Resolutionen gegen die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und gegen die Erhöhung des AHV-Alters der Frauen, für die Verwirklichung der Mutterschaftsversicherung sowie für eine Arbeitszeitverkürzung. Zudem beschloss die Konferenz die Unterstützung der „Medica“-Zentren in Bosnien/Herzegowina. In diesen therapeutischen Zentren werden Frauen, die Opfer von Kriegsverbrechen wurden, therapeutisch behandelt.

Der öffentliche Dienst, 25.3.1994.

Oeffentlicher Dienst, Der > VPOD-Frauenkonferenz. Resolutionen. OeD, 1994-03-25